

Grüne Seiten

Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen
Grafrath/Kottgeisering

Ausgabe Januar 2011



Energiepolitik aktiv mitgestalten – Ausstieg aus dem Atomstrom

Gerade wurde von der Bundesregierung eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke beschlossen. Castor-Transporte rollen wieder durch das Land. Gefahren und Missstände in den Atommüll-Zwischenlagern sind nun nach nur wenigen Jahrzehnten deren Existenz offenkundig geworden. Eine sichere Endlagerung des radioaktiven Mülls auf Jahrtausende ist nicht machbar.

Trotzdem wird weiterhin in diese gefährliche und überflüssige Technologie investiert und für die zukünftigen Generationen eine enorme Last und Gefährdung in Kauf genommen. Heute verdienen einige große Energiekonzerne enorm an diesen Laufzeitverlängerungen. Für die Entwicklung, den Bau, mögliche Kosten in Folge von Störfällen, sowie für die Entsorgung des Atommülls bezahlen alleine die Steuerzahler. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gab der Bund bis heute bereits mehr als 40 Milliarden Euro für die Förderung der Atomenergie aus. Strom aus atomaren Anlagen ist also weder sauber noch billig.

Hundert Prozent Strom ohne Atom

Anders noch als vor wenigen Jahren kann heute der Endverbraucher selbst entscheiden und zu einem Anbieter wechseln, der 100% Strom aus erneuerbaren Energien anbietet. Entscheiden auch Sie sich für einen echten Ökostromanbieter und unterstützen aktiv die Energiewende.

Wie finde ich nun aber einen seriösen Anbieter? Wie sicher ist meine Stromversorgung? Wie teuer ist Ökostrom wirklich? Dies sind häufig gestellte Fragen zum Anbieterwechsel.

Informationen zum Ökostrom und zum Wechsel gibt die Kampagne „Atomausstieg selber machen“, die von 21 Umweltverbänden und Verbraucherschutzorganisationen initiiert wurde und unabhängig arbeitet. Diese Initiative empfiehlt vier Ökostromerzeuger, die bereits über 10 Jahre bundesweit Strom aus erneuerbaren Energien anbieten. Den Anbieterwechsel können Sie im Internet unter www.atomausstieg-selber-machen.de oder über eine kostenlose Ökostrom-Hotline: 0800-7626852 durchführen.



Jetzt wechseln

Keine Sorge, der Strom kommt wie gewohnt aus Ihrer Steckdose. Sie benötigen keinen neuen Stromzähler, der Stromverbrauch wird weiterhin vom örtlichen Netzbetreiber ermittelt und die Versorgungssicherheit bleibt gewährleistet. Und zu alledem zeigt ein Vergleich der gegenwärtigen Preise, dass ein Ökostromanbieter kaum teurer ist als der konventionelle Netzbetreiber.

Um zu zeigen, dass wir nicht einverstanden sind mit der Atomstrompolitik der Bundesregierung können wir nicht nur demonstrieren, sondern als Stromkunden auch selbst den Atomkonzernen den Geldhahn zudrehen und gleichzeitig das Wachstum der erneuerbaren Energien beschleunigen.

Bildung in Deutschland

Nach dem Pisa-Schock ...



Alle drei Jahre wird an SchülerInnen in verschiedenen Industrieländern getestet, was sie in der Schule gelernt haben. Nach dem sogenannten "Pisa-Schock" im Jahr 2001 – in allen "Pisa-Fächern" schnitten die deutschen Jugendlichen schlechter ab als der Durchschnitt der Industriestaaten – arbeiteten deutsche Politiker daran, dieses Ergebnis zu verbessern. Dadurch wurden in einigen Bundesländern die Förderstunden ausgebaut. Bundesweit wurden neue "Bildungsstandards" erlassen, die den Unterricht ansprechender und effektiver machen sollen. In den naturwissenschaftlichen Fächern wurde ein Programm entwickelt, um bessere und lebensnähere Aufgaben zu entwickeln. Die Leistungen haben sich in den letzten Jahren zwar stetig leicht verbessert, das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Lesen und Verstehen von Texten noch immer nicht zu den Stärken der Jugendlichen in Deutschland gehören. Hier bewegen sich die deutschen Schüler weiterhin im internationalen Vergleich nur im Mittelmaß. Es fehlt an den deutschen Schulen nach wie vor an einer kontinuierlichen Leseförderung, weit über den Deutschunterricht hinaus. Es gibt auch immer noch viel zu wenige Projekte und Programme,

um schwächere und Kinder mit Migrationshintergrund, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, entsprechend gut zu fördern. Ebenso spielt die soziale Herkunft in Deutschland bei den Bildungschancen eine viel zu große Rolle. Wir wollen die Bildungserfolge für alle Kinder gleich ermöglichen.

8% der Jugendlichen verlassen die Schule ohne Abschluss !

Die Umbenennung der Hauptschulen in "Mittelschulen" wird nichts daran ändern, dass immer noch ca. 8% der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen, wenn sich am Bildungs- und Schulsystem nicht grundlegend etwas ändert. Es genügt nicht, die Möglichkeiten für einen mittleren oder gymnasialen Schulabschluss bereit zu stellen, die Jugendlichen müssen von den Lehrern pädagogisch betreut und begleitet werden, auch wenn das vielleicht auf Kosten des Lehrplanes geschieht. Was nützt einer LehrerIn der eingehaltene Lehrplan, wenn die SchülerInnen die Prüfungen nicht schaffen oder gar nicht bis zur Prüfung kommen. Wenn sie durch Wiederholungen schon 9 Schuljahre zusammen haben, ist keine Schule bereit, sie weiter zu betreuen. Für ein Land wie Deutschland ist es ein Armutszeugnis, Jugendliche ohne Abschluss aus der Schule zu entlassen.

In den letzten Wochen tönte Herr Landrat Karmasin, dass er auch die Ausgaben für Jugendeinrichtungen empfindlich kürzen will. Darunter fallen auch Einrichtungen, die Jugendliche auffangen und ihnen eine zweite Chance bieten und damit auch eine Möglichkeit doch noch beruflich Fuß zu fassen um ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können.



Die nachfolgenden Artikel lassen Auszubildende, SchülerInnen und StudentInnen selbst zu Wort kommen und geben einen kleinen Einblick in die Bildungswirklichkeit in Deutschland.

JugendZeit-Haus Marthashofen – Kompetenzen für die Zukunft

zeitgemäße Orientierungshilfen für junge Menschen

Diese Initiative wird von Stiftungen und Banken im Landkreis, sowie von der Agenda21 unterstützt. Sie kümmert sich um Jugendliche, deren Übergang von der Schule in die Arbeitswelt nicht reibungslos verläuft. Nach der Schule, nach der Krise, während der Orientierungsphase oder zum Einstieg, können sich Jugendliche und junge Erwachsene bei "Kompetenzen für die Zukunft" ein Jahr lang auf die Lebens- und Arbeitswelt vorbereiten. Sie besuchen eine Praktikumsstelle, haben Unterricht zur Vorbereitung auf den erfolgreichen oder qualifizierenden Hauptschulabschluss, erhalten Hilfen zur Berufsorientierung, Bewerbungstraining und werden unterstützt bei der Lehrstellensuche. (weitere Information: <http://www.jugendzeit-haus.de>)

Interview mit SchülerInnen des JugendzeitHauses in Marthashofen

Die SchülerInnen sind zwischen 16 und 21 Jahre alt und haben zum Teil keinen Schulabschluss.

Grüne Seiten: Wie kam es so weit, dass ihr keinen Schulabschluss habt?

V: Ich bin gleich in der ersten Klasse durchgefallen.

Grüne Seiten: Wie ist das passiert?

V: Ich war da erst sehr kurz in Deutschland und konnte die Sprache nicht. Dann wollten sie mich in die Förderschule stecken, weil meine Schwester behindert ist und sie dachten, das muss bei mir auch so sein. Ich musste dann einen Test machen und da wurde festgestellt, dass ich ganz gesund bin. Dann ging es so weit ganz gut, bis zur Fünften. Da haben sich meine Eltern viel gestritten und dann auch getrennt. Irgendwie hat mich das alles dann angekotzt und ich hab mir nichts mehr gefallen lassen. Ich hab mich auch mit den Lehrern angelegt. Je weniger die Erwachsenen mich ver-



standen haben, desto rebellischer bin ich geworden. In der Achten hab ich dann einfach abgebrochen.

N: Ich hatte auch immer Ärger mit den Lehrern.

Grüne Seiten: In welcher Schule warst Du?

N: In der Schule West. Da hatten wir eine Lehrerin die hat sich immer ein paar rausgepickt, die sie nicht mochte und die hat sie dann systematisch fertig gemacht. Das war richtiges Mobbing von der. Das war von der siebten bis

neunten Klasse. Da hab ich dann einfach keine Lust mehr gehabt und bin von der Schule gegangen. Mit meiner Stiefmutter hatte ich auch nur Probleme das hat mich auch nicht weiter gebracht.

A: Mit meinen Eltern gab's auch immer Stress. Die haben mich mit zwölf rausgeschmissen.

Grüne Seiten: Wie rausgeschmissen?

A: Ja, rausgeschmissen halt. Ich hab dann auf der Straße gelebt.

Grüne Seiten: Wie lang?

A: Zwei Jahre.

Grüne Seiten: Und dann?

A: Dann hat mich die Polizei gefunden und sie wollten mich ins Heim stecken. Meine Eltern haben mich dann aber wieder bei ihnen wohnen lassen.

Grüne Seiten: Da bist Du dann auch wieder in die Schule?

A: Ja schon, aber ich wurde immer ausgegrenzt und angefeindet von den Anderen. Und dann war ich ja auch in der Psychiatrie, in der Geschlossenen, weil ich nicht mehr leben wollte und ich lag da dann drei Monate im Koma.

Grüne Seiten: Hattest du dann in der Psychiatrie Unterricht?

A: Nein, die haben da keine Schule. Da hat mich jeden Tag die Polizei abgeholt und in die Schule gebracht. Der Polizist ist dann während des Unterrichts neben mir gesessen und nach dem Unterricht hat er mich wieder in die Klinik gefahren.

Grüne Seiten: Wie hast Du das überhaupt geschafft Deinen Hauptschulabschluss zu machen?

A: Irgendwann war mir klar, dass ich einen Abschluss brauch um überhaupt weiter zu kommen. Ich hab halt dann gelernt und hab's dann auch geschafft. Und hier im Jugendzeit-Haus möcht ich noch meinen Quali machen und eine Lehrstelle finden.



T: Ich war ja sogar einmal auf dem Gymnasium und hab jetzt gar keinen Abschluss.

Grüne Seiten: Wie ist denn das passiert?

T: Erst musste ich vom Gymnasium, weil ich es in Latein nicht geschafft hab. Da bin ich auf die Realschule gewechselt. Ich hatte dann einen Unfall und dadurch viele Fehlzeiten. Irgendwann hab ich den Unterrichtsstoff nicht mehr nachholen können und dann bin ich auf die Hauptschule.

Grüne Seiten: Ging es Dir dann besser im Unterricht?

T: Nein, das ging schon so blöd an, dass ich am ersten Schultag zu spät gekommen bin. Irgendwie hat mich die Lehrerin nicht gemocht. Bei meinen Eltern hat sie immer so getan als wenn sie mich unterstützen würde, aber zu mir war sie dann ganz anders. Da hab ich dann angefangen die Schule zu schwänzen und dann hab ich ganz abgebrochen, es hat einfach keinen Spaß gemacht.

M: Ich war auch schon auf dem Gymnasium.

Grüne Seiten: Was ist bei Dir alles passiert?

M: Wir sind jedes Jahr umgezogen und immer wenn ich gerade Freunde gefunden hätte sind wir wieder weg gezogen. Ich war dann auch sehr auf mich gestellt und musste mich noch um meine Geschwister kümmern.

Grüne Seiten: Ja und Deine Eltern?

M: Ach, die waren immer viel unterwegs.

Grüne Seiten: Wie ging Dein Weg dann weiter?

M: Ich hab dann angefangen, die Schuld an meinem Scheitern bei mir zu suchen und wurde immer depressiver. Ich saß irgendwann bloß noch am Computer und hab mich völlig verschlossen vor der Außenwelt.

Grüne Seiten: Hat denn das in der Schule niemand bemerkt, dass Du Dich immer mehr verschließt?

M: Nein, ich war ja immer ganz ruhig und da fällt man nicht auf.

Grüne Seiten: Durch Deine Computerei hast Du dann auch den Unterricht vernachlässigt oder?

M: Ja, natürlich. Ich bin dann auch zu meinem leiblichen Vater gezogen, das war aber wieder eine große Umstellung und musste dann das Gymnasium verlassen. In der Realschule war es anfangs recht leicht und ich hab nicht extra

was gemacht für die Schule. In der Achten bin ich dann auch dort gescheitert und ging auf die Hauptschule.

Grüne Seiten: Ging es Dir da immer noch so schlecht?

M: Ja schon, aber bei 35 Schülern fällt das keinem auf, wenn einer nicht gut drauf ist, die nehmen nur ihren Stoff durch, alles andere ist ihnen wurscht.

Grüne Seiten: Wie hast Du dann Deinen Schulabschluss doch noch geschafft?

M: Ich hab irgendwann festgestellt, dass ich mir selbst helfen muss, wenn ich aus dem Loch wieder raus will und hab halt für die Prüfung gelernt. Ich hab mich nicht so schwer getan und es hat dann sogar zum Quali gereicht.

Grüne Seiten: Wie bist Du dann ins JugendzeitHaus gekommen?

M: Die Dame von der ARGE hat mir das angeboten und ich möchte hier wieder ins Leben kommen und den Sprung in eine Wirtschaftsschule schaffen.

Grüne Seiten: K, Du hast ja schon einen Hauptschulabschluss. Gab es bei Dir weniger Probleme in der Schule?

K: Eigentlich nicht. Ich hab in der Grundschule viel gepennt im Unterricht.

Grüne Seiten: Wieso hast Du gepennt. Warst Du nicht ausgeschlafen?

K: Doch eigentlich schon, aber das war irgendwie alles so langweilig. In der Hauptschule war's auch nicht viel besser. Die Lehrer haben immer gelabert und das war so uninteressant und langweilig.

Grüne Seiten: Ja, und Deine Eltern, haben die das nicht gemerkt und Dir geholfen bei Deinen Schulproblemen?

K: Meine Eltern haben selbst viele Probleme gehabt. Die haben sich viel gestritten und wir haben dann einen Familienberater bekommen. Das war ganz gut und als ich dann die achte Klasse wiederholen musste, hatte ich auch einen anderen Lehrer der viel besser auf die Schüler eingegangen ist. Die Schule hat meiner Mutter dann auch gesagt, wenn sie sich nicht von meinem Vater trennt flieg ich von der Schule. Das war aber schon gut, dass sich meine Eltern getrennt haben, irgendwie ist es dann ruhiger geworden und ich hab nochmal angezogen für die Prüfung. Jetzt schau ich, dass ich den Quali schaff und eine Lehrstelle finde.

Grüne Seiten: Ich danke Euch ganz herzlich für Eure sehr offenen Antworten auf meine Fragen und wünsche Euch ganz viel Erfolg in diesem Schuljahr im JugendzeitHaus.

Das Interview führte Helma Dreher die im JugendzeitHaus als Lehrerin arbeitet. Die SchülerInnen bleiben anonym um ihre Persönlichkeitsrechte zu wahren.

Duale Berufsausbildung – Anspruch und Wirklichkeit

Beim dualen Ausbildungssystem erfolgt die Ausbildung sowohl im Betrieb als auch in der Berufsschule. Während der Betrieb die praktischen Fertigkeiten vermittelt, lernt der Azubi in der Berufsschule die theoretischen Grundlagen. Meist findet der Besuch der Berufsschule an 1-2 Tagen in der Woche statt. Die übrige Zeit erfolgt die Ausbildung im Betrieb. Hierdurch kann eine sehr praxisnahe Ausbildung realisiert werden. Das System gilt als Vorbild in ganz Europa.

Allerdings klaffen Anspruch und Wirklichkeit der dualen Berufsausbildung in Deutschland immer weiter auseinander. So wurden in den letzten Jahren die Anforderungen an den Ausbildungsinhalt und -Ablauf immer höher. Praxisferne Formulierungen in den Ausbildungsverordnungen haben dazu geführt, dass die rechtlichen Voraussetzungen praktisch von keinem Betrieb mehr einzuhalten sind. Gleichzeitig wurden aber die Kontrollen wesentlich reduziert. So findet heute der überwiegende Teil der Kontrollen durch Schriftwechsel statt und nicht durch eine Besichtigung vor Ort. Auch sprechen sich die Innungen und Handwerkskammern immer mehr für eine so ge-

nannte „Selbstkontrolle“ aus. Das ist so, als würde jeder den TÜV an seinem Auto selber machen. So stehen Dinge auf dem Papier, die mit der Realität wenig zu tun haben.

Der Auszubildende befindet sich in einer schwachen Situation und wird sich kaum bei den entsprechenden Stellen beschweren. Macht er dies doch, so wird er meist nicht ernst genommen. In der Regel wird seitens der Handwerkskammern erst gehandelt, wenn mehrere Beschwerden über massive Verstöße eingegangen sind.

Die Kombination aus hohen Anforderungen und nahezu keiner Kontrolle hat dazu geführt, dass selbst Betriebe, die ihren Ausbildungsauftrag ernst nehmen, keine Rechtssicherheit haben, da sie die Anforderungen nicht vollständig erfüllen können. Gleichzeitig müssen aber die „schwarzen Schafe“ keine Angst haben, erwischt zu werden, da eine Kontrolle äußerst unwahrscheinlich ist.

Darum muss das duale Ausbildungssystem vereinfacht werden. Es müssen praxistauglichere Anforderungen formuliert werden, die dann eingehalten und kontrolliert werden.

Zeitdruck und Verschulung

Ein Kommentar zum Bologna-Prozess aus Berlin

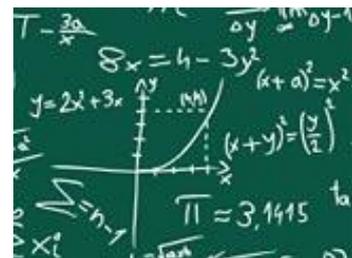
Viel Kritik wurde an der Studienreform im Zuge des sog. Bologna-Prozesses geübt. Die Kernpunkte der Kritik sind im Allgemeinen der hohe Zeitdruck, der auf den Studierenden im Bachelor-Studium lastet und die starke Verschulung des Studiums. Dass die neue Studienstruktur nicht grundsätzlich auf Ablehnung stößt, zeigte eine Studie des Bundesforschungsministeriums, wonach drei Viertel der 17.000 befragten Bachelor-Studenten diese prinzipiell für sinnvoll erachten; doch die konkrete Gestaltung der Bachelor-Studiengänge zieht viel Kritik auf sich.

Durch die kurze „Regelstudienzeit“ von drei Jahren entsteht vor allem für Studierende, die auf BAföG angewiesen sind, ein enormer Zeitdruck. Auch ist es den meisten Bachelor-Studenten nicht möglich über den Tellerrand des eigenen Fachgebiets hinauszublicken. In den Vorlesungsverzeichnissen der Universitäten finden sich viele interessante, studienfachfremde Veranstaltungen, aber nur sehr selten ist der Besuch von einer oder gar mehrerer mit dem Stundenplan vereinbar. Auch gibt es kaum eine Möglichkeit für einen Auslandsauf-

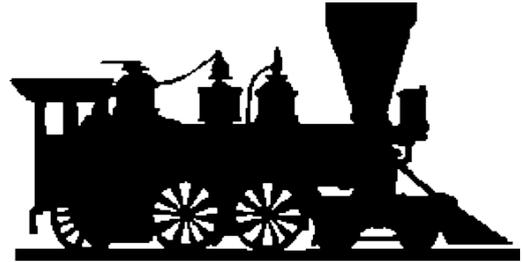
enthalt (z. B. ein Erasmus-Semester) im Bachelor-Studium.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die starke Verschulung des Studiums.

Der o.g. Studie des BMBF zufolge empfinden 82% der Bachelorstudenten ihr Studium als stark geregelt. Das äußert sich beispielsweise in einem sehr kleinen Wahlbereich oder wöchentlich abzugebenden Hausaufgaben. Selbstständiges Arbeiten wird dadurch sicher nicht gefördert und auch der Individualität des Lernenden wird man dadurch nicht gerecht. Nach meiner Erfahrung haben diejenigen Studierenden einen Vorteil, die gut im Auswendiglernen sind und sich Sachverhalte schnell einprägen können. Ein tieferes Verständnis der Hintergründe und Zusammenhänge dagegen wird auch in Klausuren nur selten geprüft.



„Tschuk tschuk tschuk die Eisenbahn, wer kann überhaupt noch mit mir fahr'n?“



Ein Kommentar zu den Hochschulreformen aus Würzburg

Wieder einmal mache ich mich mit der Deutschen Bahn auf den Weg von meiner oberbayerischen Heimat Kottgeisering in die Universitätsstadt Würzburg, meine Studien-Heimat seit fünf Jahren.

Ah, zucken Sie gerade das erste Mal zusammen? Fünf Jahre Studium, 10 Semester also - Mein Gott, ist das lang!

Warten Sie erst, bis ich Ihnen erzähle, dass ich Pädagogik studiere, da hört das Schütteln gar nicht mehr auf! Weiblich, Geisteswissenschaftlerin, Diplom-Studentin (nicht der neue Bachelor), unbezahlte Dauerpraktikantin: Außer Taxler springt für mich beruflich wohl nicht mehr viel heraus!

Jedenfalls ist dies der übliche Kommentar zu meinem bisherigen Werdegang.

Wenn ich mir vorstelle, dass derartige Vorurteile zum einen ja leider auch ein Fünkchen Wahrheit beinhalten und zum anderen genau der Haltung der Bildungspolitik entsprechen, welche natur- und wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge stets in den Vordergrund rücken, wenn es um die vermeintliche „Bildungselite“ geht und welche die Studienzeiten durch die Bachelor/Master-Einführung verkürzen und reglementieren, dann überkommt mich großer Zweifel am Bildungssystem Deutschlands.

Die Unzufriedenheit wächst ...

Zu Beginn meines Studiums waren Bachelor-Studiengänge noch Neuland, Studiengebühren existierten noch gar nicht. Doch seit der Einführung beider „innovativer“ Reformen ist das Einzige, das bei meinen KommilitonInnen wächst, die Unzufriedenheit.



Studiengebühren, die ja offiziell der Verbesserung der Lehre dienen sollen, verfehlen ihren Zweck. So kann man an meinem Institut zwar feststellen, dass wir, dank Studiengebühren, jedes Semester zwei bis drei Vorträge von Gastdozenten angeboten bekommen, jedoch liegt die Organisation dieser Veranstaltungen in studentischer Hand, die Initiative dazu ergriff die ehrenamtlich tätige Fachschaft meines Fachbereiches. Wir verbessern unsere Lehre quasi selbst – Danke, liebes Ministerium!

Auch ist es rätselhaft, welche Anschaffungen neuerdings unter „Verbesserung der Lehre“ fallen. So wurden an einem Institut meiner Universität beispielsweise Tische und Stühle von Studiengebühren bezahlt, was eigentlich gar nicht zulässig ist.

Da sich jedoch die Beschwerden über kleidungszerstörende, unfallverursachende, uralte Sitzmöbel häuften und die eigentlich zuständige Stelle seit Semestern Investitionen in diesen baulichen Bereich verweigerte, sah sich das Institut gezwungen, der Sache mithilfe von Studiengebühren Herr zu werden.

Die 500 Euro zur Verbesserung der Lehre haben sich also wirklich gelohnt. Habe ich erwähnt, dass die Studenten die Möbel selbst vom Laster in die Seminarräume tragen sollten? Aber alles im Dienste der Bildung, versteht sich.

Die Forderung der Studenten ist klar: Wenn wir schon gezwungen werden zu zahlen, dann lasst uns wenigstens selbst bestimmen, wofür das Geld ausgegeben werden soll. Doch in Punkto „Studentische Mitbestimmung“ gibt sich der Freistaat nicht so innovativ wie er mit dem Slogan „Mit Laptop und Lederhose“ gerne suggeriert.

So viel zur tatsächlichen Verwendung der Studiengebühren, weitere Anekdoten gerne auf Anfrage...

Viel dringlicher ist meines Erachtens nach jedoch die Frage, in wie weit eine Einführung von Studiengebühren wirklich zu befürworten ist.

Aus Gründen der Sozialverträglichkeit, des freien Zugangs zu Bildungsmöglichkeiten und

der Chancengleichheit, habe ich starke Zweifel daran.

So sehe ich viele Kommilitoninnen, die, durch die zusätzliche Einführung der Bachelor-Studiengänge („Bildung“ im Schnelldurchlauf) ernsthafte Schwierigkeiten haben, den Druck ihres beschleunigten Studiums, die dadurch fehlende Zeit für Nebenjobs und zugleich die Verpflichtung zur Zahlung von Studiengebühren unter einen Hut zu bekommen.

Viele scheitern, das heißt im ersten Falle, sie bekommen schlechte Noten oder müssen länger studieren, was zusammenhängt mit den Folgen des zweiten Falles, dass nämlich nun die Eltern oder staatliche Hilfen (Bafög) finanzielle Unterstützung leisten müssen. Der dritte Fall zwingt viele, auf einen Studienkredit zurückzugreifen, den sie dann noch Jahre nach ihrem Studium mit ordentlich Zinsen abbezahlen dürfen.

Leistungsdruck und Verschuldung

Junge Menschen werden also unter erheblichen Leistungsdruck gesetzt, müssen sich zunehmend verschulden und zugleich aber die Bildungselite innerhalb einer sog. Wissensge-

sellschaft verkörpern. Ich bin gespannt, wer diesen Spagat schafft und wer aus dem System fällt.

Die unangenehme Vorahnung, dass es wohl weniger diejenigen mit stabilen familiären, sozialen und finanziellen Verhältnissen trifft, ist so unrealistisch nicht.

Somit vergrößern sich die Unterschiede zwischen verschiedenen Teilen unserer Gesellschaft immer mehr, „Bildung“ entfernt sich zusehends von seinen Idealen wie Mündigkeit und Autonomie und wird für politische Zwecke instrumentalisiert, die weder der Verbesserung der Bildungslandschaft Deutschlands, noch der Chancen wirklich jedes Einzelnen dienen.

Aus studentischer Sicht erscheinen die Einführung der Studiengebühren und des Bachelor/Master-Systems wie eine Mogelpackung. Dumm nur, dass man sein Geld nicht zurück verlangen kann und das, obwohl man doch immer als „Kunde“ gesehen wird.

Meine Fahrten nach Würzburg enden nun, trotz meines Studienabschlusses, noch nicht. Ich habe sage und schreibe eine Arbeit gefunden! Und ich bekomme sogar Geld dafür!

Doch was den unaufhaltsamen „Bildungszug ins Nirgendwo“ angeht, bin ich froh, dass für mich nun einmal Endstation ist und ich mich vom hochschulpolitischen „Schienenersatzverkehr“ verabschieden kann.

Oh Mist, apropos, ich muss ja umsteigen! ...



Demnächst in Grafrath: Wertstoffbörse

Wir haben im Gemeinderat die Einrichtung einer Wertstoffbörse beantragt. Immer öfter landen bei dem Wertstoffhof Gegenstände, die für andere noch einen Gebrauchswert haben. Dazu zählen z.B. Bücher, Kinderspielzeug, Haushaltsgegenstände usw., die kostenlos oder gegen eine Spende abgeholt werden können. Nun wurde beim Landkreis die Aufstellung einer Hütte beim großen Wertstoffhof vorgeschlagen. Wir hoffen, dass diese Einrichtung bald in Betrieb geht.

Klosterwirt Grafrath

Kasperl-Theater im Gemeinderat – Seid Ihr alle da ?



„Seid Ihr alle da?“ so kommentierte das Brucker Tagblatt die Situation im Grafrather Gemeinderat zum Thema „Klosterwirt“ und fühlte sich wie im Kasperl-Theater.

Seid ihr alle da? – diese Frage muss der Fraktionsvorsitzende der CSU jedes Mal aufs neue seinen Mitstreitern von CSU und Freien Wähler stellen, denn wie schon seit längerem können Sie Beschlüsse nur mit knapper Mehrheit von einer Stimme fassen. Da zählt zuerst nicht, ob ihre Vorschläge noch Sinn machen, Hauptsache Mehrheit.

So wurden im Laufe des letzten Jahres mehrere Beschlüsse gefasst, die nicht lange Bestand hatten. So sollte nach Vorstellung CSU/FW die Gemeinde den Grund im Umfeld der ehemaligen Gaststätte „Klosterwirt“ kaufen und dann mit Hilfe eines Bauträgers als Baugrundstücke verwerten und den Klosterwirt mit Stadel wieder herrichten, - ein Unterfangen, das sowohl an rechtlichen Formalien als auch an der Finanzlage der Gemeinde scheitern musste.

Als letzter Strohalm für die CSU bot sich danach die Zusammenarbeit mit dem österreichischen Bauträger, der Real Treuhand an. Diese machte allerdings ihr Engagement davon abhängig, dass ihnen weitere 6.000 qm Bauland zur Verfügung gestellt werden, ohne dafür eine begründete Berechnung zu liefern.

CSU/FW: Kehrtwende um 180 Grad

Verkehrte Welt im Gemeinderat und so manche BesucherIn wunderte sich: CSU und Freie Wähler, die früher die Baulandausweisung schon als zu dicht und ausufernd kritisierten, haben auf einmal nichts gegen eine noch größere Bebauung einzuwenden! Sie folgen damit

Was bisher geschah:

Juli 2006: Vorstellung des Konzepts des Forums Klosterhof mit Wiederherstellung des Klosterwirts, Wohnbebauung für Jung und Alt, sowie sozialen Einrichtungen für Jung und Alt

September 2006: Vorstellung des Konzeptes auf einer Bürgerversammlung

Oktober 2006: der Gemeinderat stimmt dem Konzept zu

Mai 2007: Zustimmung des Gemeinderats zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für das betroffene Gebiet (Klosterwirt und angrenzendes Gelände mit Tennisplatz)

Januar 2008: Beratungen zum vorgestellten Bebauungsplan

Mai 2008: eine knappe Mehrheit aus CSU/Freie Wähler lehnt das Konzept Forum Klosterhof ab, setzt die Behandlung des Bebauungsplanes im Gemeinderat ab und beschließt eine Machbarkeitsstudie für ein Hotel.

Juli 2008: das Gutachten für ein Hotel ist nicht zielführend und verschwindet in der Schublade

September 2008: ein Bürgerentscheid bringt keine Zustimmung zum Konzept des Forum Klosterhof.

Mai 2009: CSU/Freie Wähler stellen ein ähnliches Konzept vor, jedoch ohne soziale Einrichtungen, dafür mit größeren Baulandausweisung.

September 2009: CSU/FW beantragen den Kauf des Areals durch die Gemeinde und Abwicklung durch „Geschäftsbesorger“

Februar 2010: Die Grundstücksbesitzer führen Verkaufsverhandlungen für das Grundstück mit einem Investor (Real Treuhand)

Oktober 2010: Die Real Treuhand stellt ihr Konzept für die Bebauung vor, der Gemeinderat stellt einen Bebauungsplan in Aussicht, jedoch mit dem gleichen Umgriff, wie schon beim Vorgänger-Modell.

Dezember 2010: Die Real-Treuhand droht mit Rückzug, falls ihr nicht eine größere Fläche zur Bebauung zugestanden wird. CSU und Freie Wähler übernehmen diese Ansicht und beschließen zusätzlich 6.000qm Bauland.

blind den Vorstellungen des Bauträgers, statt in erster Linie die Interessen der Gemeinde zu vertreten. So wurde bisher vom Bauträger ausgeschlossen, irgendwelche sozialen Projekte für jung und alt zu berücksichtigen. Die

Bereitstellung von günstigem Wohnraum für Niedrigverdiener ist ebenso Fehlzanzeige.

Bauträger mauert ...

Die Forderung des Bauträgers nach vergrößerter Baulandfläche wurde bisher nicht begründet oder belegt. Einfache Berechnungen mit den früher vorgelegten Zahlen der Real-Treuhand zeigen, dass deren Argumentation zur Notwendigkeit von weiterer Baufläche auf wackligen Füßen steht: Durch die Bodenwertsteigerung von Grünland zu Bauland bekommt der Bauträger einen Einnahmen-Überschuss von ca. 2,6 Mio. Euro. Dem gegenüber steht aber nur ein Mehraufwand zur Erfüllung der Denkmalschutzaufgaben in Höhe maximal 1 Mio. Euro. Somit bleibt dem Bauträger ein nicht gerechtfertigter Extra-Gewinn von ca. 1,6 Mio. Euro. Selbst bei der um 6.000 qm reduzierten Bebauungsfläche bleibt noch ein Extra-Gewinn von über 1 Mio. Euro.

Da in der Vergangenheit ein Investoren-Wettbewerb mit Vorstellungen verschiedener Lösungen und Finanzierungsmodelle von Seiten der CSU/FW abgelehnt wurde, kann nun die Real-Treuhand mit ihrer Monopolstellung schalten und walten, wie sie will. Und es kommt noch schlimmer: Die Real-Treuhand hat sich mit dem Hofbräuhaus als einzigem

Partner gebunden, der wiederum finanzielle Bedingungen stellt für eine Beteiligung an einem Hotel- bzw. Gastronomie-Betrieb, die niemand außer die Real-Treuhand akzeptieren würde.

Mit ihrer Ausweisung von Bauland durch einen Bebauungsplan trägt die Gemeinde einerseits zur Rettung des denkmalgeschützten Stadels bei. Mit einer zu üppigen Ausweisung des Baulandes wird aber nebenbei ein Hotel- und Gaststättenbetrieb großzügig von der Gemeinde subventioniert, obwohl der erwartete Überschuss sinnvoller für die Gemeinde eingesetzt werden kann.

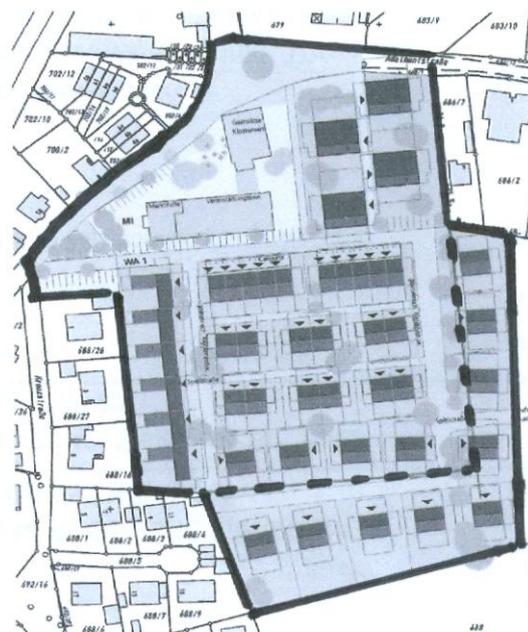
Spätestens mit der Unterzeichnung eines sog. Städtebaulichen Vertrages muss sich zeigen, welche finanzielle Beteiligung der Bauträger aus den Extra-Gewinnen an den Aufgaben und Folgekosten der Gemeinde übernimmt, z.B. :

- Beteiligung an den Kosten für Kinderkrippen und Kindergartenplätzen,
- Kostenlose Nutzungsüberlassung von Räumen des renovierten Stadels,
- Bereitstellung von kostengünstigem Wohnraum für sozial Schwächere.

Wir dürfen gespannt sein, ob bei diesem wichtigen Projekt sich in Zukunft CSU und Freie Wähler mit uns und Bürgern für Grafrath sowie der SPD im Interesse der Gemeinde zu einem gemeinsamen Vorgehen bereifinden.

zum Vergleich:

im Bürgerentscheid 2008 abgelehntes Projekt des „Forum Klosterhof“ (links) und Real-Treuhand (rechts)



Ampermoos:

Moore genauso wichtig für Klimaschutz wie der Regenwald!



Die Moore sind die größten CO₂-Speicher der Erde. Obwohl sie nur 3 % der Erdoberfläche bedecken, speichern sie doppelt so viel Kohlenstoff wie alle Wälder der Erde zusammen. Beim Regenwald wird in der Wachstumsphase des Baumes CO₂ gebunden. Stirbt der Baum und verrottet, so setzt er das in der Wachstumsphase gebundene CO₂ wieder frei. Seine Klimabilanz ist neutral. Ein Wald ist also ein CO₂-Speicher, kann allerdings nicht ständig neu CO₂ binden.

Im Moor hingegen werden absterbende Pflanzenreste als Torf gespeichert. Das Moor bindet ständig CO₂ und es entsteht immer mehr Torf. In den letzten Jahrzehnten wurden viele Moore trockengelegt, entweder um Torf abzubauen oder um die entstehende Fläche für die Landwirtschaft zu nutzen.

Wird ein Moor trockengelegt, setzt es große Mengen CO₂, Lachgas und Methan frei. Alle drei Gase tragen in erheblichem Maß zum globalen Klimawandel bei. Weltweit ist die Zerstörung der Moore für ca. 10 Prozent (laut WETLANDS INTERNATIONAL 2008) der vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen verantwortlich. Einer der Gründe für die Zerstö-

rung der Moore ist der Abbau von Torf, der dann als Blumenerde im Baumarkt angeboten wird. Als Verbraucher sollte man darauf achten, dass man „torffreie“ Blumenerde kauft z.B. aus Kompost, die im Übrigen auch noch bessere Eigenschaften als Torf besitzt.

Wiedervernässung ist überfällig!

Aufgrund der großen Bedeutung der Moore sowohl für das lokale Ökosystem als auch für den globalen Klimaschutz, setzten die Grünen sich für den Erhalt und die Wiedervernässung von Mooren ein. So unterstützen und forcieren wir die Wiedervernässung des Ampermooses vor Ort.

Die Erhöhung des Grundwasserspiegels des Ampermooses um 40 cm durch den Bau einer Sohlschwelle hat inzwischen alle rechtlichen Hürden genommen. Die Sohlschwelle wird bei Grafrath in der Amper, oberhalb der Wasserwachtstation gebaut. Laut Wasserwirtschaftsamt München ist mit einem Baubeginn im Herbst 2011 zu rechnen und einer Fertigstellung der Sohlschwelle im Frühjahr 2012.

Weitere Information:

<http://www.nabu.de/themen/moorschutz/>

<http://www.umweltschulen.de/boden/moorschutz.html>

<http://ramsar-ammersee.de/>

HARTZ-IV-Regelsatz: Eine Frage der Menschenwürde

Anfang letzten Jahres hatte das Bundesverfassungsgericht die Hartz-IV-Leistungssätze für völlig falsch berechnet erklärt. Drei Familien hatten vor den Sozialgerichten geklagt, weil sie die Hilfssätze für Kinder und Erwachsene zu gering fanden - sie bekamen vom Verfassungsgericht im Grundsatz Recht. Und die Verfassungsrichter gingen noch einen Schritt weiter. Erstmals äußerten sie sich auch grundsätzlich zum sogenannten Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum und urteilten:

- Die Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder und Erwachsene ist verfassungswidrig.
- Sie bleibt aber bis zum Jahresende in Kraft.
- Ab 1. Januar 2011 muss eine Neuregelung gelten.
- Bis dahin können Hartz-IV-EmpfängerInnen ergänzende Leistungen beanspruchen, soweit dies zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums erforderlich ist.



erforderlich ist.

Kurz nach Bekanntgabe des Urteils wurde klar, wie die schwarz-gelbe

Bundesregierung

gedachte, das Urteil umzusetzen: nach Kasernenlage. „Die Forderung des Gerichts nach ergänzenden Leistungen zur Gewährleistung des menschenwürdigen Existenzminimums werden sehr restriktiv gehandhabt“, hieß es schon mal abschreckend. Bundesarbeitsministerium und die Bundesagentur für Arbeit legten dann einen Härtefall-Katalog vor. Demnach sollten nur wenige Härtefälle als außergewöhnliche Belastungen anerkannt werden. Nach dem unwürdigen Getöse der FDP-Steuersenker gegen Hartz-IV-EmpfängerInnen wurde es erst einmal ruhig.

Neue Berechnung – keine Verbesserung

Es wurde gerechnet. Grundlage für die Berechnung des Hartz-IV-Regelsatzes ist die "Einkommens- und Verbrauchsstichprobe" des Statistischen Bundesamtes. Die Stichprobe wird alle fünf Jahre erhoben. Gefragt wird in rund 60.000 Haushalten nach den Einnahmen und Ausgaben, nach dem Eigentum und nach

der Wohnsituation. Zur Berechnung herangezogen wurden dann die 15 % der untersuchten Haushalte mit dem geringsten Einkommen. Daraus ergeben sich die Ausgaben eines Muster-Einpersonenhaushaltes in verschiedenen Kategorien wie Nahrungsmittel, Bekleidung und

Hartz-IV ist die „Grundsicherung für Arbeitssuchende“, das Arbeitslosengeld II. Etwa die Hälfte der EmpfängerInnen ist arbeitslos gemeldet. Die andere Hälfte erhält Leistungen, ohne offiziell arbeitslos zu sein. Etwa 250.000 Hartz-IV-BezieherInnen verdienen mehr als 400 Euro, müssen aber ihren Lebensunterhalt weiter aufstocken. Weitere 250.000 absolvieren Maßnahmen zur Qualifizierung. 2,3 Millionen Hartz-IV-BezieherInnen stehen dem Arbeitsmarkt nicht zu Verfügung, weil sie krank sind, kleine Kinder betreuen, Angehörige pflegen oder zur Schule gehen. Außerdem leben 1,8 Millionen Kinder von Hartz IV. Die meisten von ihnen sind jünger als 15 Jahre. Keinen Anspruch auf Hartz-IV haben Menschen, die nicht erwerbsfähig sind, also auf absehbare Zeit nicht länger als drei Stunden pro Tag arbeiten können und Menschen über 65 Jahre.

Haushaltsgegenstände. Das Arbeitsministerium legte fest, welche Kategorien zu welchen Anteilen berücksichtigt werden. Streichen will die Regierung die Anteile für Alkohol und Tabak. Neu in der Berechnung sind die Kosten für Internetzugang und Praxisgebühr.

Im Oktober gab es dann den Kabinettsbeschluss: Eine Erhöhung des derzeitigen Erwachsenen-Satzes von 359 Euro auf 364 Euro. Das sind schäbige 5 Euro im Monat! Wie bislang, wird Kindern aus Hartz-IV-Familien bis zum sechsten Lebensjahr ein Betrag von 215 Euro gezahlt, Kinder von sechs bis 14 Jahren erhalten 251 Euro und 14- bis 18-Jährige 287 Euro. Die Regelsätze für Kinder sollen nicht steigen. Stattdessen können Familien, die Hartz IV beziehen, für ihre Schulkinder Leistungen von mindestens 250 Euro jährlich aus dem geplanten Bildungspaket abrufen. Insgesamt 700 Millionen Euro stehen dafür bereit. Ausgestaltung und tatsächliche Höhe der für Kinder versprochenen Sachleistungen sind bisher noch weitgehend im versprochenen ‚Bildungspaket‘ verborgen. Wie dies umgesetzt wird und wie viel davon in der Verwaltung bleibt, ist noch unklar.

Das Verfahren war wieder das gleiche wie schon vormals vom Verfassungsgericht beanstandet: Es wurde wieder vom Ergebnis her gerechnet. Ausgangspunkt war wieder nicht

der tatsächliche Bedarf. Das machen zwei besonders auffällige Trickereien deutlich:

Der Hartz IV Regelsatz wurde nicht, wie bisher üblich, aus den Verbrauchsausgaben der untersten 20 Prozent aller Nettoeinkommen berechnet. Die jetzige Berechnung nimmt nur noch die untersten 15 Prozent als Grundlage. Dies bedeutet eine künstliche Reduzierung des angesetzten Betrags für ein menschenwürdiges Existenzminimum.

Die Ausgaben für Alkohol und Zigaretten wurden gestrichen und - wegen des Flüssigkeitsbedarfs - schlicht durch das billigste Mineralwasser ersetzt. Dies ist entweder eine unwürdige Bevormundung der BezieherInnen oder auch ein Rechentrick, um die Höhe des Satzes zu reduzieren.

Für Kinder sprang nach dieser Berechnung überhaupt kein Anspruch auf Erhöhung des Regelsatzes gegenüber der vom Gericht beanstandeten Methode heraus.

Anfang Dezember, kurz vor Ablauf der vom Bundesverfassungsgericht gewährten Frist, wurde das Ergebnis der Berechnungen im Schnellverfahren durch den Bundestag gepeitscht: Mitte Dezember erhielt dieser Beschluss im Bundesrat keine Mehrheit. Alle Länder mit SPD, Grünen oder ‚Linker‘ Regierungsbeteiligung enthielten sich.

Derzeit wird im Vermittlungsausschuss verhandelt. Die nächste Möglichkeit zur Verabschiedung des Gesetzes ist die Sitzung des Bundesrats am 11. Februar. Der Hauptge-

schäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Ulrich Schneider hält das derzeitige Gesetz für verfassungswidrig und hat seine Erwartungen an den Vermittlungsausschuss klar formuliert: "Der Vermittlungsausschuss darf nicht nur Ergebnisse liefern, er muss sie auch in der Sache nachvollziehbar begründen", forderte Schneider. "Rein politische Kompromisse, wie sonst üblich, reichen in diesem Fall nicht."

Die Ziele der Oppositionsparteien im Vermittlungsausschuss sind ebenfalls klar:

- **Ganztagschulen**

Sie sind eine Voraussetzung für Bildungschancen und Teilhabe der Kinder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

- **ordentliche Berechnung des Regelsatzes**

Wie oben dargestellt, genügt die Berechnungsmethode nicht der Forderung nach einem menschenwürdigen Existenzminimum und ist deshalb wieder verfassungswidrig.

- **Mindestlohn**

Eins macht die Berechnung deutlich: Hungerlöhne drücken die Einkommen am unteren Ende des Spektrums. Nur ein flächendeckender Mindestlohn kann dem immer wieder geforderten ‚Lohnabstandsgebot‘ genügen.

Wir laden ein zur Veranstaltung mit

Sylvia Huttenloher, Sozialpädagogin und Kreisrätin der Grünen

Hartz-IV - Eine Frage der Menschenwürde

Mittwoch, 26. 1. 2011, 20 Uhr

Dampfschiff, Grafrath

Redaktion:

Helma Dreher
Anita Schleibner
Alexander Schmidt-Petersen
Elke Struzena
Roger Struzena

Internet: www.gruene-grafrath.de

eMail: gruene.grafrath@t-online.de

Information: Elke Struzena, Tel. 08144 1592